

### Jenseits "Dritter Wege": Die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb - ein europäischen Vergleich

Jochem, Sven

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jochem, S. (2010). Jenseits "Dritter Wege": Die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb - ein europäischen Vergleich. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 3(1), 125-146. <https://doi.org/10.3224/dms.v3i1.07>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Sven Jochem

# Jenseits „Dritter Wege“: Die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb – ein europäischen Vergleich

### Zusammenfassung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in der Krise. Ein vergleichender Blick zeigt aber auch, dass in Kontinental- und Nordeuropa sozialdemokratische Parteien stetig an elektoralem Rückhalt einbüßen. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass die Krise der deutschen und europäischen Sozialdemokratie auch eine Krise der klassischen Volksparteien ist. Erfolg und Misserfolg der Sozialdemokratie an der Wahlurne wird von langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen, kurzfristig-programmatischen Entwicklungen sowie den institutionellen Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs beeinflusst. Fallanalysen für sozialdemokratische Parteien aus Schweden, Großbritannien und den Niederlanden zeigen, welche Ressourcen und Einschränkungen der jeweilige Parteienwettbewerb jenseits programmatischer „Dritter Wege“ für die Sozialdemokratie darstellt. Der bundesdeutsche Parteienwettbewerb ist eine besondere Herausforderung für die SPD. Neben programmatischen Neujustierungen drängen sich daher koalitionsstrategische Überlegungen für die SPD auf.

*Schlagerworte:* Krise der Sozialdemokratie, Volksparteien, Parteienwettbewerb, sozialdemokratische „Dritte Wege“

### Abstract

*Beyond „Third Ways“. Social Democratic Party Competition. A Comparative Perspective*

The German Social Democratic Party is in crisis. A comparative perspective, however, shows that social democratic parties in Northern and Central Europe steadily decline electorally. This paper argues that the crisis of European social democracy mirrors the crisis of contemporary catch-all parties. The electoral success of social democratic parties depends on long-term social changes, short-term programmatic readjustments and the institutional frame of national party competition. Case studies covering social democratic parties in Sweden, UK, and the Netherlands provide evidence for the resources as well as limitations national patterns of party competition impose on social democratic parties beyond their “Third Ways” programmatic readjustments. The German pattern of party competition is a particular challenge for the SPD. Besides programmatic readjustments, the SPD is challenged to decide on future coalitions.

*Key words:* Crisis of social democracy, catch-all parties, party competition, social democratic “third ways”

## 1. Einleitung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist an einem vorläufigen Tiefpunkt angelangt. Mit 23% der Stimmen erzielte die SPD bei der Wahl zum Bundestag 2009 das schlechteste Abschneiden in der Nachkriegszeit; dieses Wahlergebnis stellt ihr Image als Volkspartei der linken Mitte in Frage. Welche Gründe lassen sich für diese schwere Krise der SPD aufzeigen?

Mitunter fallen Krisendiagnosen und potenzielle Medikationen eindeutig aus: Die „Sozialdemokratische Einheitspartei“ (Walter 2009b) habe ihr genuin sozialdemokratisches Projekt verraten und sich den Interessen des Kapitals gebeugt. Das Resultat sei ein „rosa lackierter Kapitalismus“ (Walter 2009a). Dieser strategische Fehler ginge einher mit organisatorischen Defiziten. Der ehemals (selbst-)kritischen Volkspartei sei die Lust am Debattieren abhanden gekommen. Krönung dieser mangelnden Offenheit wird in der „Basta-Politik“ des ehemaligen sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, allgemein im rot-grünen Projekt (1998-2005) mit den Hartz-Reformen sowie der Agenda 2010 und schließlich in der Reformpolitik der SPD in der Großen Koalition inklusive der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittalters („Rente mit 67“) gesehen.<sup>1</sup> Kurz: Die SPD habe sich organisatorisch, programmatisch und elektoral erschöpft. Was jetzt Not tue, sei ein radikaler „Bruch und Neuanfang“ (Walter 2009b).

Solche Analysen fokussieren vorwiegend strategische (Fehl-)Entscheidungen der deutschen Sozialdemokratie aus bundesdeutscher, historischer Perspektive. Die Ursachenanalyse für die Malaise der SPD bedarf jedoch einer systematisch vergleichenden Perspektive wenn situative und im höchsten Maße länderspezifische Einflüsse unterschieden werden sollen von tiefer liegenden strukturellen Veränderungen und Herausforderungen sozialdemokratischer Volksparteien.

Ich argumentiere in diesem Beitrag *erstens*, dass die Probleme der SPD kein rein deutsches Phänomen darstellen. Die sozialdemokratischen Parteien Europas kämpfen fast überall mit rückläufiger Wählergunst; in vielen Ländern befinden sich diese Parteien längst unterhalb der – für eine Volkspartei kritischen – Grenze von 30% der Stimmen. *Zweitens* trifft diese Bestandsaufnahme nicht nur für sozialdemokratische Volksparteien zu, auch europäische Christdemokratien (bislang mit den erklärungswürdigen Ausnahmen der CDU/CSU sowie der Christdemokratie in Luxemburg) zehren von ihren ehemals umfangreichen Wählerpotenzialen. Es liegt also nahe, die Krise der bundesdeutschen SPD analytisch einzubetten in die Forschung zu den Handlungsrestriktionen und Potenzialen linker sowie rechter Volksparteien in Europa. *Drittens* argumentiere ich, dass Herausforderungen und Potenziale sozialdemokratischer Volksparteien in Europa beeinflusst werden von langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen, von kurzfristig strategisch-programmatischen Entwicklungen sowie von schwerlich unmittelbar beeinflussbaren institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Parteienwettbewerbs. Die SPD teilt vor diesem Hintergrund eines „Krisenszenarios“ viele Herausforderungen mit ihren europäischen Schwesterparteien, allerdings stellen spezifisch deutsche Rahmenbedingungen zusätzliche Herausforderungen dar. Im Zeitalter volatiler Wählermärkte und sich diversifizierender Parteiensysteme stehen sozialdemokratische Parteien vor programmatischen und strategischen Dilemmata, für deren Lösung keine Patentrezepte vorliegen – die vergleichende Perspektive eröffnet jedoch mögliche Revitalisierungsoptionen für die SPD.

Diese Argumentation möchte ich in vier Schritten ausbreiten. Im folgenden Abschnitt wird ein kurzer Überblick über Krisenherde der Sozialdemokratie in Europa präsentiert. Abschnitt drei widmet sich der Performanz sozialdemokratischer Parteien in Europa und analysiert die Strategien und elektoralen Erfolge (bzw. Misserfolge) dieser Parteien in Schweden, Großbritannien sowie den Niederlanden. Im vierten Abschnitt erfolgt vor dem Hintergrund dieser vergleichenden Fallanalysen eine spezifische Ursachenanalyse für die gegenwärtige Misere der SPD.

## 2. Sozialdemokratische Krisenherde

Es können in der Literatur zur europäischen Sozialdemokratie drei Krisenherde unterschieden werden (vgl. *Merkel et al. 2006, Therborn 2007*). Ein erster – meist soziologisch und philosophisch inspirierter – Teil der Parteienforschung argumentiert, dass mit der Postmoderne der Sozialdemokratie ihr ideelles Selbstverständnis sowie ihre festgefügt gesellschaftlichen Grundlagen abhanden kamen. Ein zweiter Teil der Literatur geht auf weniger abstraktem Niveau vor und erörtert die Herausforderungen, die sich mit dem Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, dem Ende des kalten Krieges sowie der zunehmenden ökonomischen Entgrenzung – und insbesondere der zunehmenden Europäischen Integration – für die Sozialdemokratie seit den 1960er Jahren ergaben. Nach den Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre und dem Ausbruch des „neo-liberal tsunami“ (*Therborn 2007, S. 64*) wurden die europäischen Sozialdemokraten genötigt, klassische Politikprofile und ihr Staatsverständnis neu zu justieren. Dies fand seinen Ausdruck in der für die europäische Sozialdemokratie (relativ) erfolgreichen Dekade der 1990er Jahre und in der Metapher einer Politik sozialdemokratischer „Dritter Wege“. Ein dritter Teil der Literatur thematisiert weniger stark die programmatischen und ideellen Probleme der europäischen Sozialdemokratie, sondern fokussiert die institutionellen Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs für sozialdemokratische Volksparteien in Europa.

### Postmoderne und Sozialdemokratie

Die Moderne kann als *das* Zeitalter des Liberalismus sowie der Sozialdemokratie angesehen werden.<sup>2</sup> Wobei letztere sich im europäischen Vergleich als die erfolgreichere politische Weltanschauung durchsetzte. Das Selbstverständnis sozialdemokratischer Weltansichten fußte im „goldenen Zeitalter“ auf einem sozialdemokratischen Welt- und Wissenschaftsbild, einer umverteilenden und materiell ausgerichteten sozialdemokratisch Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat sowie einer klaren, klassenbasierten gesellschaftlichen Verankerung. Dieser sozialdemokratische Dreiklang äußerte sich dann in einer klassenkampforientierten materiellen Umverteilungspolitik im Wohlfahrtsstaat, welcher die materiellen Grundlagen der unterprivilegierten Arbeiterschichten gegen die Risiken und Zufälle des Marktgeschehens und dem Profitstreben der Unternehmer schützen sollte – dies war eben eine „politics against markets“ (*Esping-Andersen 1985*).

Die Moderne erschöpfte sich in den 1960er Jahren. Die Märkte wurden durch politische Entscheidungen entgrenzt, insbesondere im europäischen Raum. Westliche Gesellschaften wurden heterogener, individuelle Werte wandelten sich und die industriebasierten Ökonomien mutierten unterschiedlich schnell aber stetig zu Dienstleistungsökonomien; diese Prozesse untergruben die feste Klassenbasis der modernen Sozialdemokratie sowie ihr Staatsverständnis. An die Stelle der alten Weltsicht stellte sich die postmoderne Weltsicht bzw. ihre Unsicherheit und Beliebigkeit. Heute lebt der Einzelne in fluiden Netzwerken anstatt in festen Klassengemeinschaften. Gemeinschaft als philosophisch-soziologischer Begriff wird entweder als veraltete Kategorie entsorgt oder durch Sozialkapital ersetzt. „Der Staat“ steht dabei nicht nur in der liberalen/libertären Tradition unter Generalverdacht, auch die sogenannte kritische Theorie sieht im Staat, in der Bürokratie die Tendenz begründet, die „Lebenswelt“ zu kolonialisieren (*Habermas 1981*). Die individuelle „Emanzipation“ (und Freiheit), dies legen Beiträge der liberalen als auch der

kritischen Denktradition nahe, findet nicht länger im und durch den Staat statt, sondern haben ihre Quellen in dynamischen Märkten sowie einer lebensweltlich fokussierten Zivilgesellschaft.

Indem christdemokratische und konservative Parteien diese normativen und ideellen Veränderungen aufnahmen, gerieten die sozialdemokratischen Parteien des ehemaligen Fortschritts in die Defensive. Die „konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates“ (Borchert 1985) und die „geistig-moralischen Wenden“ in Großbritannien, den USA sowie in Deutschland und anderen europäischen Ländern fußten auch auf der Selbstdarstellung dieser bürgerlichen Parteien, dass sie den Fortschritt der Postmoderne, die individuelle Freiheit des Individuums jenseits des Staates verwirklichen könnten. Die klassische Sozialdemokratie war in der weltanschaulichen Defensive – eben auf der Suche nach „Dritten Wegen“ jenseits liberal-konservativen Reformvorstellungen und alt-sozialdemokratischem Politik- und Staatsverständnis.

### „Dritte Wege“ der Sozialdemokratie

Die „Dritten Wege“ der europäischen Sozialdemokratie fokussierten aus programmatischer Perspektive das Staat-Markt Verhältnis sowie die allgemeine Ausrichtung wohlfahrtsstaatlicher Politik; aus strategischer Perspektive sollten die Rahmenbedingungen einer medial inszenierten Politik aufgenommen und für die „Neo-Sozialdemokraten“ fruchtbar gemacht werden.<sup>3</sup>

Durch die Schriften von *Anthony Giddens* (vgl. 1999, 2001) und seine Beratertätigkeiten für New Labour unter Tony Blair erhielt die Metapher einer sozialdemokratischen Politik „Dritter Wege“ Einzug in den Wortschatz der vergleichenden Parteienforschung. Für *Giddens* war die „alte Sozialdemokratie“ auf einen starren Korporatismus ausgerichtet, eine die Zivilgesellschaft einschnürende umfassende Staatlichkeit, ein gering ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein sowie eine allzu schematische Forderung nach materieller Gleichheit. Gefordert wurden von *Giddens* und seinen politischen Wegbegleitern in Großbritannien und Europa ein schlanker Staat, der die Zivilgesellschaft flankiere und unterstütze und Marktdynamiken nicht blockiere, sowie eine aktualisierte Vision von Chancen-Gleichheit jenseits materieller Gleichheit. Sozialpolitisch institutionalisierte Statuswahrung genüge nicht mehr. Jeder Bezieher von Transferleistungen müsse folgerichtig auch in die Pflicht gegenüber der Gemeinschaft genommen werden. Und von dieser „progressiven“ Politik könne die Sozialdemokratie insofern profitieren, als sie nicht nur den Rückhalt der Sozialdemokratie in der Wahlbevölkerung sondern insgesamt die moderne Demokratie stärke.<sup>4</sup>

Diese programmatische Reaktion der Sozialdemokratie spiegelt ideelle Verschiebungen der Postmoderne sowie reale politische und ökonomische Veränderungen in Europa wider. So besitzt die europäische Integration eine genuin liberale, d.h. marktfreisetzende Dynamik. Die negative Integration optimiert zwar die Freizügigkeiten für Waren, Arbeit und Kapital. Im Hinblick auf eine positive Integration blockiert sie jedoch eine durchgreifende neue Sozialstaatlichkeit auf europäischer Ebene (vgl. *Scharpf* 2009). Für eine nationalstaatliche Reformpolitik drängen sich insofern angebotsseitige Reformen quasi auf. Vor allem die seit den 1980er Jahren zunehmenden „neuen soziale Pakte“ legen Zeugnis davon ab, dass ökonomisches Krisenmanagement – nicht nur aber auch sozialdemokratischer Parteien – vor allem auf angebotsseitige Maßnahmen (insbesondere auf dem Ar-

beitsmarkt) sowie eine zurückhaltende und international ausgerichtete Lohnpolitik zurückgriff (Hassel 2007, Jochem 2009b). Eine „competitive concertation“ (Siegel 2005) fordert insbesondere sozialdemokratischen Volksparteien in ihrem Selbstverständnis heraus, bei wohlfahrtsstaatlichen Reformen die Gewerkschaften durch sozialpolitische Reformen zu kompensieren. Hierfür gab es jedoch durch die zunehmenden fiskalischen Zwänge einer permanenten Austerität (Pierson 1998) immer weniger Spielraum. Die gegenwärtigen Probleme der europäischen Sozialdemokratie sind nicht nur aber auch zu einem großen Teil auf die Konstruktion eines europäischen Sozialmodells sowie die Imperative einer „Politik im Defizit“ (Streeck/Mertens in diesem Heft) zurückzuführen.<sup>5</sup>

Neben den europäischen Rahmenbedingungen eines entgrenzten Kapitalismus sowie fiskalischen Zwängen strukturieren unterschiedliche Wohlfahrtsregime die sozialdemokratischen Versuche einer programmatischen Neujustierung. In einem liberalen Wohlfahrtsstaatsmodell wie in Großbritannien sind andere Reformen zu erwarten als im christdemokratisch-zentristischen Wohlfahrtsmodell Deutschlands. Nicht nur das unterschiedliche Design wohlfahrtsstaatlicher Programme und Problemlagen beeinträchtigt die Umsetzung der Programmatik in reale Reformpolitik. Auch die politische Verankerung wohlfahrtsstaatlicher Reformpolitik beeinflusst die Umsetzung „Dritter Wege“. Die britische Mehrheitsdemokratie besitzt wenige Barrieren einer reinen Mehrheitsherrschaft, wohingegen die Verhandlungszwänge deutscher Reformpolitik, induziert durch institutionelle Vetopunkte und korporatistische Inklusionen der Sozialpartner in den Wohlfahrtsstaat, sehr zahlreich sind. Zudem kann die deutsche Einheit als eine reformpolitische Eigenheit angesehen werden. Der „Preis der Einheit“ (Ritter 2006) liegt in einer zusätzlichen Herausforderung der wohlfahrtsstaatlichen Konstruktion und impliziert einen verstärkten Reformdruck (vgl. Jochem 2009a).

Wenn die Neo-Sozialdemokratie auf programmatisch neuen Pfaden wandelte, konnte sie sich dann noch von den bürgerlichen Kontrahenten unterscheiden? Martin Seeleib-Kaiser (2002) argumentiert, dass diese programmatische Neujustierung zu einer schleichenden „Christdemokratisierung“ der europäischen Sozialdemokratie geführt habe. Tatsächlich belegen unterschiedliche Befunde basierend auf dem Datenmaterial des „Comparative Manifestos Projects“, dass sich seit den 1980er Jahren die Sozial- und Christdemokraten zusehends programmatisch annäherten (z.B. Franzmann 2008; Pennings/Keman 2006). Die Party-Manifesto Forschung leistet einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Analyse parteipolitischer Programme sowie ihrer temporalen Dynamiken. Eine solchermaßen gemessene Annäherung zwischen Sozial- und Christdemokratie allein gibt jedoch noch keine präzise Auskunft darüber, welche Volkspartei sich programmatisch von wem besonders stark „anstecken“ ließ. Hierfür sind die messbaren Kategorien der Wahlprogramme mitunter zu ungenau. Ferner muss sich die (Wahl-)Programmatik einer Partei nicht unbedingt in ihrem tatsächlichen Handeln widerspiegeln; und die reale Politik ist für Forschung und Wahlbevölkerung von zentralem Interesse. Letztlich blendet die These einer „Christdemokratisierung“ Annäherungsphänomene zwischen Sozialdemokratie und nicht-christdemokratischen Parteien, also zum Beispiel säkular konservativen Parteien begrifflich aus.

Zudem existiert die klassische Christdemokratie ebenfalls nicht mehr (Hanley 2003). Gerade in familienpolitischer Hinsicht – einem Kernfundament christdemokratischer Programmatik – wird im Zeitalter sich diversifizierender Familienmuster von christdemokratischen Parteien mitunter „mehr Staat“ gefordert. Und das Kernkonzept der Christdemokratie, der „social capitalism“ (van Kersbergen 1995) oder die „soziale Marktwirtschaft“,

ist von den neuen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in Europa ebenso stark betroffen wie die Programmatik der alten Sozialdemokratie. Der Wohlfahrtsstaat ermöglicht es im Zeitalter einer „permanent austerity“ (Pierson 1998) auch der Christdemokratie nicht mehr, heterogene innerparteiliche Interessen durch „Side-Payments“ zu befriedigen und zu befrieden. Sowohl Sozial- als auch Christdemokratie sind also im Kern ihrer programmatischen Überzeugungen herausgefordert. Strebten die Sozialdemokraten nach „Dritten Wegen“ versuchten die Christdemokraten ihren Erfolg mitunter in „modern unsecular politics“ (van Kersbergen 2008) mit rechtspopulistischen Anflügen.

Die ökonomischen Herausforderungen sozial- als auch christdemokratischer Parteien werden durch die Effekte der globalen Finanzkrise verschärft. Insgesamt betroffen von diesen Entwicklungen ist auch unser Staatsverständnis (vgl. Schimank 2009), nachdem nicht wenige in der Krise wieder auf den „Vater Staat“ setzten. Die Hoffnung, dass mit der Finanzkrise mittelfristig die Rolle des Staates wieder zunehmen könnte, steht jedoch auf tönernen Füßen. Die Finanzkrise und das ökonomische Krisenmanagement induzieren zwar einen Anstieg der Staatsquote und machen „big government“ scheinbar in Zahlen greifbar. Allerdings reduziert die Finanzkrise mit ihren fiskalischen Folgen politische Handlungsfähigkeit – insofern erscheint der Staat auch weniger als „zurückgekehrter Souverän“ sondern vielmehr als „Opfer einer großflächigen Erpressung“ (Streeck 2009; vgl. Streeck/Mertens 2010). Gleichwohl: jenseits fiskalischer Engpässe und Konsolidierungszwänge sind Nejustierungen in der „facettenreichen Arbeitsverschränkung von Staat und Markt“ (Siegel/Jochem 2004) auf der gegenwärtigen politischen Agenda. Allerdings ist zu erwarten, dass diese Nejustierungen im internationalen Vergleich unterschiedlich ausfallen werden – und so Stoff für zukünftige Forschung generieren.

## Institutionen des Parteienwettbewerbs und Sozialdemokratie

Sozialdemokratische Volksparteien werden auch durch institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs in ihrem elektoralen Erfolg beeinträchtigt. Zum einen sind sie als genuine Mitgliederparteien von einer zunehmenden Organisationsunlust weiter Bevölkerungsteile betroffen, zum anderen beeinflussen Institutionen des Parteienwettbewerbs die reformpolitische Mobilität sozialdemokratischer Parteien.

*Erstens* kann anhand vergleichender Studien festgestellt werden, dass die Sozialdemokraten von einer organisatorischen Atrophie betroffen sind. Wie Mair und van Biezen (2001) zeigen, nahmen die Mitgliederzahlen für sozialdemokratische Parteien von 1980 bis zum Ende des Jahrhunderts in ganz Europa tendenziell ab. Dabei ist die SPD keineswegs (im Untersuchungszeitraum) am stärksten von diesem Trend betroffen. In Österreich halbierte sich die Mitgliederzahl der SPÖ ebenso wie zum Beispiel in den Niederlande für die PvdA. Der berichtete Mitgliederrückgang für die SPD belief sich hingegen auf (nur) ca. 25%.<sup>6</sup> Der massive Verust von Mitgliedern ist für die Sozialdemokratie brisanter als für die Christdemokratie, da sie stärker auf Mitglieder und Mitgliedsbeiträge angewiesen ist. Die Sozialdemokratie wird in den meisten Ländern Europas weniger an Spenden erhalten als ihre hauptsächlichen Konkurrenten im bürgerlichen Lager. Zudem benötigen – auch im Zeitalter virtuell geführter Wahlkämpfe – sozialdemokratische Parteien lokale Mobilisierung. Kann diese nicht mehr durch eine ausreichende Anzahl (unbezahlter) aktiver Mitglieder erfolgen, dann verschlechtern sich für sozialdemokratische Parteien tendenziell auch die Chancen an der Wahlurne.

*Zweitens* sind die sozialdemokratischen Parteien von sich wandelnden Wählermärkten herausgefordert. Ein Aspekt sozialer Differenzierung liegt im Prozess des voranschreitenden De-Alignments. Vergleichende Studien zeigen, dass sich die Anzahl der in den nationalen Parlamenten vertretenen Parteien stetig erhöht.<sup>7</sup> Ebenso wird berichtet, dass die elektorale Volatilität stetig zunimmt – auch wenn in der Literatur gestritten wird, ob die Volatilität größer innerhalb politischer Lager als zwischen ihnen ausgeprägt ist. Die empirische Wahlforschung kann zudem durch vielfältige Umfrageinstrumente zeigen, dass die Anzahl derjenigen Wähler zunimmt, die sich nicht mehr dezidiert einer bestimmten Partei zugehörig fühlen, sich immer später für eine Auswahl entscheiden oder der durchaus rationalen Wahl zusprechen, mit Wahlenthaltung zu wählen. Die neuen Wählermärkte lassen zentrale Aspekte moderner Massenpolitik in Europa erodieren und führen tendenziell zu stärker fluktuierenden Wahlergebnissen.

Neben einem unsicheren Wählermarkt strukturieren noch die Anzahl und die Lage potenzieller Konkurrenzparteien den Parteienwettbewerb für die Sozialdemokratie. Aus vergleichender Perspektive ist Deutschland – trotz des Wandels von einem „Zweieinhalb“-Parteiensystem zu einem Fünfparteiensystem – ein Hort der Beständigkeit. Mitunter brechen Parteiensysteme geradezu auf, wie 1973 in Dänemark, als sich die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien schlagartig von fünf auf zehn verdoppelte. Auch ein Blick in die Niederlande zeigt, wie sich – wenn auch nicht so ruckartig – ein Parteiensystem diversifizieren kann. Und einen Extremfall in Europa stellt das italienische Parteiensystem dar, bzw. seine Implosion in den 1990er Jahren (*Zohlnhöfer* 1998).

Maßgeblich für den elektoralen Erfolg der Sozialdemokratie ist neben der reinen Anzahl potenzieller Mitkonkurrenten auch die Struktur und Dynamik des Parteienwettbewerbs. In Ländern mit einem de-facto Zweiparteiensystem wie in Großbritannien spitzt sich der Parteienwettbewerb auf zwei Alternativen zu. Unter diesen Umständen kann die Sozialdemokratie ihre relative Stärke leichter verteidigen. Zudem zeigen vergleichende Analysen, dass im bipolaren Parteienwettbewerb immer stärker mediale Merkmale der Spitzenkandidaten auf dem volatilen Wählermarkt entscheidend sind. Im multipolaren Parteienwettbewerb hingegen spielt die räumliche Verteilung der Hauptkonkurrenten im politischen Raum sowie ihre relative Stärke (*Kitschelt* 2001, 2004) eine besondere Bedeutung. In den meisten Ländern Europas haben Sozialdemokraten Konkurrenz auf der linken Seite, ebenso wie Christdemokraten auf ihrer rechten Seite. Für die SPD generiert der bundesdeutsche Parteienwettbewerb insofern ein Problem, als die Union keine rechte bzw. rechtspopulistische Konkurrenz hat. Diese relative Stärke der Union wird zur relativen Schwäche der SPD, zumindest solange die Union erfolgreich populistische Strömungen auf dem Wählermarkt bedienen kann – und sei es „nur“ durch vereinzelte Wortmeldungen aus Bayern, Düsseldorf oder Wiesbaden.

### 3. Sozialdemokratische Parteien in Europa – Performanz, Programmatik, Strategien

Die europäischen Sozialdemokratien agieren in unterschiedlichen institutionellen Umfeldern und mit unterschiedlichen wahltaktischen Strategien. Welche Muster der programmatischen Neujustierung, des parteipolitischen Wettbewerbs und der Reformpolitik lassen sich im europäischen Vergleich feststellen? Und welche Auswirkungen haben diese auf die jeweilige elektorale Performanz sozialdemokratischer Parteien?



In Tabelle 1 ist die elektorale Performanz sozialdemokratischer Parteien in der Nachkriegszeit aufgeführt. Hierbei wird – durchaus schematisch – unterschieden zwischen südeuropäischen „Newcomern“ sowie sozialdemokratischen Parteien mit historisch betrachtet hohem bzw. mittlerem Wahlerfolg (vgl. hierzu *Moschonas* 2010).

*Tabelle 1:* Elektorale Performanz der europäischen Sozialdemokratie

<b>Sozialdemokratie / Labour mit historisch hohen elektoralen Erfolgen</b>							
	1950-59	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	Prozentuale Veränderung <sup>1)</sup>
Österreich	43,3	43,3	40,0	45,4	37,3	33,7	-22,2
Dänemark	40,2	39,1	33,6	30,9	36,0	26,8	-33,3
Deutschland	30,3	39,4	44,2	39,4	36,9	31,9	+5,3
Norwegen	47,5	45,5	38,8	37,4	36,0	30,8	-35,2
Schweden	45,6	48,4	43,7	44,5	39,8	37,5	-17,9
UK	46,3	46,1	39,1	29,2	38,8	38,0	-17,9
Durchschnitt	42,2	43,6	41,6	37,8	37,5	33,1	-21,5
<b>Sozialdemokratie mit historisch niedrigen/mittelmäßigen elektoralen Erfolgen</b>							
	1950-59	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	Prozentuale Veränderung <sup>1)</sup>
Belgien	35,9	31,0	26,6	28,0	23,3	24,6	-31,5
Finnland	25,3	23,4	24,5	25,4	24,4	23,0	-9,3
Frankreich	15,2	15,9	21,0	34,5	20,6	24,4	+160,5
Luxemburg	34,1	33,5	24,8	29,0	23,9	22,5	-34,0
Niederlande	30,7	25,8	28,6	31,0	26,5	21,2	-30,9
Schweiz	26,5	25,1	24,1	20,6	20,9	21,4	-19,2
Durchschnitt	30,5	27,8	25,7	26,8	23,8	22,5	-25,0 <sup>2)</sup>
<b>Sozialdemokratische Nachzügler</b>							
	1950-59	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	Prozentuale Veränderung <sup>1)</sup>
Spanien			29,9	43,9	38,2	40,2	+34,4
Portugal			33,4	26,4	39,0	39,9	+19,5
Griechenland			19,5	43,4	42,3	41,6	+113,3
Durchschnitt			27,6	37,9	39,8	40,6	+55,7

Anmerkung: 1) Prozentuale Veränderung der Wahlergebnisse für die 1950er Jahre (bzw. für die Nachzügler die 1970er Jahre) in Relation zum Wahlergebnis in den 00er Jahren. 2) Durchschnittswert berechnet ohne den offensichtlichen französischen Ausreißer.

Quelle: *Moschonas* (2010, im Erscheinen). Teilweise erfolgten die Berechnungen der Wachstumsraten durch den Autor. Italien wird aufgrund der eruptiven Veränderungen des Parteiensystems sowie der Auflösungsprozesse der klassischen italienischen Sozialdemokratie von der Analyse ausgeschlossen, um so eine historisch akkurate Vergleichsperspektive der elektoralen Dynamiken zu gewährleisten.

Skandinavien ist nur noch in historischer Betrachtung die sozialdemokratische Hochburg in Europa. Diese Funktion übernehmen gegenwärtig die sozialdemokratischen Parteien des Südens. Diese Parteien verzeichneten seit den 1970er Jahren zum Teil beachtliche Gewinne und konnten sich auf dem Niveau von ca. 40% der Wählerstimmen einpendeln. Und in diesen Ländern stellen sozialdemokratische Parteien gegenwärtig die Regierungen. In Dänemark hingegen verlor die SD sehr stark an Rückhalt bei nationalen Wahlen, eine Entwicklung die abgemildert auch für Norwegen (DNA) sowie Schweden (SAP) zutrifft. In Kontinentaleuropa ist das Bild noch eindeutiger: die dortige Sozialdemokratie pendelt sich in den meisten Ländern auf einem Niveau knapp über 20% der Wählerstimmen ein. Lediglich in Deutschland, Österreich und in Großbritannien werden für die jetzige *Dekade* im Schnitt noch Werte von über 30% der Stimmen errechnet.

Die Wahlergebnisse für sozialdemokratische Parteien über diesen langen Zeitraum lassen folgende Interpretationen zu.<sup>8</sup> *Erstens*: Die Sozialdemokratie in den demokratischen Nachzüglerländern ist an der Wahlurne erfolgreicher als ihre Schwesterparteien im Norden Europas. *Zweitens*: das goldene Zeitalter der nordeuropäischen Sozialdemokratie war nicht in den 1990er Jahren, sondern in den 1960er und 1970er Jahren. Seither schrumpft die nord- und mitteleuropäische Sozialdemokratie stetig, wenngleich mit länderspezifischen und temporalen Unterschieden im Detail. *Drittens* bestätigt sich – jenseits des europäischen Südens – die These eines graduellen Niedergangs der Sozialdemokratie. Dies ist vor allem in den traditionellen Hochburgen des Nordens stark ausgeprägt. Viertens ist die Performanz der SPD aus dieser strikt historischen Perspektive nicht so dramatisch, wie in den Kommentaren zur Bundestagswahl 2009 dargestellt wird; dies zeigt ein Blick auf die elektoralen Verluste der Sozialdemokratie in Dänemark, Norwegen oder den Niederlanden.<sup>9</sup>

Der elektorale Siegeszug der Sozialdemokratie in Südeuropa ist eine „*major novelty in the electoral history of socialism*“ (Moschonas 2010, S. 12; Herv.i.O.). Hier können diese Erfolgsgeschichten nicht umfassend erörtert werden. Allerdings weisen viele Aspekte darauf hin, dass die dortigen Sozialdemokraten sich als „Modernisierer“ beim Um- und Aufbau der dortigen Wohlfahrtsstaaten gegen die bürgerliche Konkurrenz durchsetzen konnten. Sie profitierten zudem von Eigenheiten der nationalen Wahlsysteme (so vor allem in Spanien) und den ökonomischen Rahmenbedingungen der Mitgliedschaft in der EU. Gleichwohl spiegelt sich dieser elektorale Prozess nicht in einer programmatischen Dominanz wider. Im Gegenteil orientieren sich die dortigen Sozialdemokratien explizit an den programmatischen Debatten der klassischen Sozialdemokratien in Kontinental- und Nordeuropa (Moschonas 2010).<sup>10</sup>

Für die Sozialdemokratie in Nord- und Kontinentaleuropa stellt sich jedoch die Aufgabe, diesen graduellen elektoralen Niedergang zu erklären. Hierfür ist eine länderspezifische Kausalanalyse erforderlich, die versucht aufzuklären, wie die sozialdemokratischen Parteien in ihren nationalen Umwelten auf die eingangs skizzierten Herausforderungen reagieren – und wie elektoral erfolgreich diese Strategien sind. Vor dem Hintergrund dieser vergleichenden Analyse lässt sich dann auch die Misere der SPD gewinnbringend diskutieren.

## Schweden – Sveriges Socialdemokratiska Arbetarepartiet / Socialdemokraterna (SAP)

Kaum eine andere sozialdemokratische Partei in Europa konnte die nationale Politik so hegemonial dominieren wie die SAP nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit nur kurzen Unterbrechungen<sup>11</sup> führte sie nationale (Minderheits-)Regierungen an und konnte ein „social democratic image of society“ (Castles 1978) in Schweden realisieren. Diese Hegemonie ist seit 2006 gebrochen. Mit der bürgerlichen Allianz für Schweden können seither vier bürgerlichen Parteien, die Konservative Partei, die liberale Volkspartei, die Zentrums- partei sowie die noch jungen schwedischen Christdemokraten, eine für schwedische Verhältnisse kohärente Koalition bilden und mit parlamentarischer Mehrheit regieren. Wie konnte es zu dieser Zäsur der schwedischen Parteiengeschichte (Jochem 2006) kommen? Und wie reagierte die SAP auf die veränderten Machtverhältnisse nach 2006?

Die SAP fußte ihre hegemoniale Position im schwedischen Parteienwettbewerb lange Zeit auf institutionelle Eigenheit des bikameralen Systems (Immergut 2002). Mit der Ein-

führung des Einkammernreichstages im Jahre 1971 eröffneten sich dann Spielräume für bürgerliche Mehrheiten. Es stellte sich allerdings heraus, dass die bürgerlichen Parteien programmatisch gespalten waren. Nach 1982, als die SAP ihren „Dritten Weg“ zu beschreiten begann, gelang es der SAP, mit unterschiedlichen Mehrheiten aus der Minderheitsposition heraus den schwedischen Wohlfahrtsstaat zu reformieren. Dabei schwenkte sie mitunter rasch vom Parteiprofil ab und war auch bereit, „heilige Kühe“ des schwedischen Wohlfahrtsstaates zu opfern (Lundberg 2003). So unterstützte sie 1994 die weitgehende Reform des nationalen Wohlfahrtssymbols, der ATP-Rente. Gegen heftigen innerparteilichen und gewerkschaftlichen Protest nahm sie diese Reform auch in ihrer Regierungszeit während der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nicht zurück. Bereits gegen Ende der 1980er Jahre veränderte sie rasch ihre Haltung zur Europäischen Integration und befürwortete die Mitgliedschaft Schwedens in der EU. Sie zögerte auch nicht, 1989 gegen die Gewerkschaften per Gesetz ein Streikverbot zu proklamieren. Und nach der bis dato größten ökonomischen Krise anfangs der 1990er Jahre konsolidierte sie rigoros (und zumeist mit parlamentarischer Unterstützung der liberalen Volkspartei) die öffentlichen Haushalte und begann den öffentlichen Sektor zu dezentralisieren und zu privatisieren (Klitgaard 2007). Die SAP verabschiedete sich im Laufe der 1990er Jahre von vielen programmatischen Säulen der alten SAP und verfolgte ihren „Dritten Weg“, welcher die Hegemonie des Staates hinterfragte und auf fiskalische Solidität setzte.

Eine zentrale Bedeutung hierbei spielt die gesetzlich verankerte Neujustierung des fiskalischen Regimes. Die sozialdemokratisch geführte Zentralregierung schränkte ab 2000 die finanziellen Spielräume der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die für den größten Anteil der öffentlichen Beschäftigung im Wohlfahrtsstaat zuständig sind, nachhaltig ein. Die lokalen Gebietskörperschaften sind hiermit gezwungen, ausgeglichene Haushalte innerhalb von drei Jahren zu garantieren; die Zentralregierung verpflichtet sich, über konjunkturelle Schwankungen hinaus einen Haushaltsüberschuss von 1% des BSP zu gewährleisten (vgl. OECD 2008). Mit dieser Reform gelang den schwedischen Sozialdemokraten, was in anderen Ländern lange Zeit vergeblich angestrebt wurde: In nur wenigen Jahren wurde die öffentliche Verschuldung drastisch zurückgeführt, und die öffentlichen Haushalte produzierten zu Beginn des neuen Jahrhunderts regelmäßig deutliche Überschüsse. Am Vorabend der globalen Finanzkrise erreichte die SAP einen der solidesten Haushalte in der Europäischen Union (Swedish Fiscal Policy Council 2009, S. 61).

Die Wahlniederlage 2006 kam wie ein unerwarteter Schock für die SAP. Trotz ökonomischem Glanz und reformpolitischen Erfolgen wählten die Schweden die SAP ab. Bereits nach der Wahl 2002 veränderte die SAP ihre Taktik des relativ ungebundenen Regierens in Minderheitsposition (Allern/Aylott 2009). Sie integrierte die Linkspartei sowie die Grüne Partei auf deren Druck in die Regierungsarbeit, teilweise waren bis zu acht Vertreter dieser Parteien in die Arbeit der Regierungskanzlei und anderer zentraler Ministerien integriert (Christiansen/Damgaard 2008). Damit war klar, dass sich die SAP unter ihrem Vorsitzenden Göran Persson für eine Kooperation mit den Linksparteien entschieden hatte.

Die Konservative Partei reformierte sich nach ihrer Wahlniederlage im Jahre 2002 grundlegend. Bei dieser Wahl unterlag sie mit einem Wahlkampf, der niedrigere Steuern als primäres Ziel formulierte. Die SAP konnte damals mit ihrer Forderung, eher die Steuern noch anzuheben und so die Qualität des schwedischen Wohlfahrtsstaates zu sichern, knapp die relative Mehrheit für sich gewinnen. In Anlehnung an New Labour reformier-

ten sich die Konservativen dann zu „neuen Konservativen“. Ihr Ziel war nicht mehr die Rückführung des Wohlfahrtsstaates, sondern dessen Verbesserung. Zudem überraschte die bürgerliche Allianz die SAP, indem sie Reformen für mehr Beschäftigung einforderte. In einem Land mit europaweit einer der höchsten Beschäftigungsquoten eine durchaus eigentümliche Wahlstrategie bürgerlicher Parteien. Allerdings ging sie auf. Die bürgerliche Allianz konnte sich zusehends als Reformmotor präsentieren, der nicht den schwedischen Wohlfahrtsstaat unterminieren, sondern verbessern wollte. Die SAP mit ihrem „präsidialen“ Regierungschef Persson geriet immer stärker in die Defensive.

Bo Rothstein (2006) argumentiert, dass die Wahlniederlage der SAP historisch den Sieg der Arbeiterbewegung impliziere; jetzt hätten auch die bürgerlichen Parteien und vor allem die neue Konservative Partei das sozialdemokratische Gedankengut vollständig internalisiert. Die SAP als Paradebeispiel für eine modernisierte Sozialdemokratie in Europa (Merkel et al. 2006) geriet mit dem Rücktritt Perssons in personelle Führungsprobleme. Nach einer Übergangsphase wurde unter der neuen Vorsitzenden Mona Sahlin die zukünftige Wahlkampfstrategie festgelegt: Eine offizielle Koalition mit der Linkspartei sollte den Regierungswechsel 2010 ermöglichen. Früh wurden Sondierungsgespräche mit der Linkspartei und den Grünen eingeleitet. Erste gemeinsame Wahlplattformen sind formuliert und liegen der Öffentlichkeit vor. Das Krisenmanagement im Verlauf der Finanzkrise stärkte zwar kurzfristig den Rückhalt der bürgerlichen Allianz für Schweden in der Wahlbevölkerung. Im Frühjahr 2010 werden in nationalen Meinungsumfragen für die SAP Prognosen ermittelt, die sie in der Nähe des historischen Tiefststandes von 35% verorten. Allerdings berichten diese Quellen auch, dass das linke Lager einen knappen Vorsprung vor der bürgerlichen Allianz erreichen könnte.<sup>12</sup> Es wird abzuwarten sein, wie sich die SAP im Endspurt des Wahlkampfes mit ihrer Forderung nach Steuererhöhungen zur finanziellen Konsolidierung gegen die bürgerliche Allianz durchsetzen können. Bislang deuten zumindest keine Umfrageergebnisse darauf hin, dass die SAP sich nennenswert von ihrem elektoralen historischen Tiefststand verbessern konnte. Allerdings kann als Novum in der Geschichte der SAP festgehalten werden, dass sie ihre „Furcht vor Bestimmtheit“, ihre Scheu vor offiziellen Koalitionen abgelegt hat.<sup>13</sup> Sozialdemokratische Minderheitsregierungen scheinen unter diesen Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs der schwedischen Geschichte anzugehören.

## Großbritannien – New Labour

New Labour ist das Vorzeigebispiel für eine labouristische Partei auf dem „Dritten Weg“. Die Partei hat sich seit dem Ende der 1980er Jahre programmatisch hin zur Mitte bewegt; und die Modernisierer (oder Revisionisten) unter Tony Blair und Gordon Brown zogen die Lehre aus der Wahlniederlage 1992 dahingehend, verstärkte programmatische Veränderungen für New Labour zu verfolgen. In der Folge mutierte Old Labour programmatisch, die Partei wurde sowohl sozialdemokratischer als auch liberaler. Seit 1997 führt New Labour die britischen Regierungsgeschäfte; die jüngsten Meinungsumfragen für die anstehende britische Unterhauswahl zeigen, dass New Labour unter Gordon Brown zwar an Unterstützung zulegen konnte, allerdings zeichnet sich ein äußerst knapper Wahlausgang ab.<sup>14</sup> Was konnte New Labour programmatisch in dieser langen Regierungsperiode umsetzen? Und welche Erfolgsaussichten bestehen für diese Partei im britischen Parteienwettbewerb?

New Labour agiert in einem für die Partei günstigen Wahlsystem und in einem traditionell liberal geprägten Wohlfahrtsstaat. Während das Wahlrecht tendenziell die Konkurrenz auf die beiden traditionellen Parteien zuspitzt, eröffnet das liberale Wohlfahrtsregime spezifische Handlungsoptionen, wohingegen es andere erschwert. Für das Wahlrecht kann angeführt werden, dass die programmatischen Kehren von New Labour seit 1997 insofern unproblematisch waren, als New Labour durch die bipolare Wettbewerbssituation keine ernsthafte Konkurrenz auf der linken Seite zu befürchten hatte. Zudem spitzt ein solches Wahlrecht den Wahlkampf auch auf persönliche Eigenschaften der Spitzenkandidaten zu. Und in diesem Punkt konnte New Labour von der Ausstrahlungskraft von Tony Blairs lange Zeit profitieren.

Der liberale britische Wohlfahrtsstaat wurde in vielen Punkten von Margaret Thatcher und John Major reformiert und weiter liberalisiert. New Labour übernahm zahlreiche Reformen der konservativen Vorgängerregierungen und setzte wenige Bemühungen darauf an, sie rückgängig zu machen. Ganz im Gegenteil verblieben weite Teile der wohlfahrtsstaatlichen Reformpolitik unter New Labour auf den historischen Pfaden – aber eben nicht alle. Die beschäftigungspolitische Strategie von New Labour folgte einer weiteren Liberalisierung des Arbeitsmarktes, allerdings setzte die Partei auch auf eine Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik. Die zahlreichen „New Deals“ forcierten insgesamt die Leitidee des „Welfare to Work“, allerdings baute New Labour auf vielfältige Weise die Aktivierung der Erwerbslosen aus. So konnte New Labour eine Arbeitsmarktpolitik umsetzen, die sich am skandinavisch-dänischen Vorbild orientierte und sich zugleich auch in der europäischen Beschäftigungsstrategie und den Empfehlungen der OECD widerspiegelt (*Hopkin/van Wijnbergen* 2009).

Das Kernproblem des britischen Arbeitsmarktes stand zu Beginn der Regierungszeit von New Labour in einer verstärkten Einkommensungleichheit und zunehmender Armut. New Labour verfolgte in diesem Bereich den Versuch, mit gezielten Programmen dieses Problem zu lösen. Auch wenn die Armutsquote – insbesondere der Kinder – nicht drastisch abgesenkt werden konnte, so setzte New Labour doch im Rahmen eines liberalen Wohlfahrtsregimes dahingehend Akzente, dass Steuervergünstigungen und Zulagen gezielt für die unteren Einkommensschichten implementiert wurden.<sup>15</sup> Zudem förderte New Labour – durchaus antizyklisch – den Ausbau des öffentlichen Sektors. Hier kann unter anderem der Versuch genannt werden, den National Health Service mit finanziellen Mittel zu stützen und die dortige Qualität zu verbessern. Dies alles wurde jedoch unter dem obersten Leitgedanken der haushaltspolitischen Solidität unternommen, was auch als ein Erfolg von New Labour interpretiert werden kann (*Cronin* 2010).

Der haushalts- und steuerpolitische Schwenk von Old zu New Labour stellt die größte programmatische Veränderung dar. New Labour adaptierte die konservative Haushaltspolitik und legte sich explizit (und in Gesetzesform gegossen) auf eine stabilitätsorientierte Haushalts- und Steuerpolitik fest. Die Steuerpolitik sollte jedoch ebenfalls nach liberalen Vorstellungen ausgeformt werden, d.h. die steuerpolitische Belastung der oberen Einkommensschichten galt es nicht weiter zu erhöhen. Dass dennoch eine durchaus sozialdemokratische Umverteilung in der Steuerpolitik zugunsten der einkommenschwachen Gesellschaftsgruppen erfolgte, kann unter anderem auf eine Verbreiterung der Steuerbasis, das Schließen von steuerpolitischen Lücken sowie das Rückführen steuerpolitischer Ausnahmetatbestände zurückgeführt werden (*Petring* 2006a). Damit folgte New Labour durchaus einem historischen Erbe im liberalen Wohlfahrtsregime, demzufolge Sozialpolitik vor allem auch Steuerpolitik ist.

In anderen Bereichen verstärkte New Labour reformpolitische Tendenzen der konservativen Vorgängerregierungen. So führte New Labour die weitere Privatisierung des britischen Rentensystems weiter. Ziel dieser Politik war es, das staatliche Rentensystem zu entlasten und steuerpolitische Anreize zur Alterssicherung in der betrieblichen oder privaten Altersvorsorge bereitzustellen. Dass diese Reformen nicht ohne Risiken waren, offenbarte sich im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise. Viele Alterssicherungsprogramme der zweiten und dritten Säule verloren an Wert. Gleichwohl ist die Diversifizierung der rentenpolitischen Säulen, d.h. ein Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge im europäischen Vergleich keine britische Ausnahme, sondern internationaler Trend, welcher auch von internationalen Organisationen wie der Weltbank oder der OECD seit längerer Zeit propagiert wird.

New Labour setzte bei anderen Themen auf eine genuin staatliche Reformpolitik. Hier kann beispielhaft auf die staatlich forcierte Bildungspolitik verwiesen werden, aber auch auf die Drogenpolitik bzw. die Politik zur Vermeidung von Kriminalität. In diesen Bereichen setzte New Labour durchaus auf einen starken Staat, aber auch in der Außenpolitik. Allerdings führte die offene Bereitschaft von Tony Blair und New Labour zum transatlantischen Schulterchluss mit den USA und zum Krieg gegen den Irak auch zu vermehrten Protesten in Großbritannien – für *Göran Therborn* stellt just diese Außenpolitik auch das symbolische Ende einer Politik des „Dritten Weges“ in Großbritannien dar (*Therborn 2007*).

New Labour erscheint nach einer sehr langen Regierungsperiode ausgezehrt. Lange wurde ein konservativer Erdrutschsieg in den Umfragen prognostiziert. Gleichwohl konnte New Labour nach dem Ausbruch der Finanzkrise an Boden gewinnen, was nicht zuletzt auf die beherzte Krisenpolitik und die – kostspielige – Rettung britischer Banken zurückgeführt wird.<sup>16</sup> Gegenwärtig wird in britischen Medien verstärkt die Befürchtung diskutiert, dass es zu einer Pattsituation nach den Wahlen im Unterhaus kommen könnte. Die institutionellen Rahmenbedingungen des britischen Modells erlauben es auch einer angeschlagenen Labourpartei weiter mit Aussichten auf Erfolg Wahlkampf zu betreiben. Der Politikmix von New Labour kann durchaus als selektive Mischung von Staat und Markt verstanden werden. Eine Arbeitsverschränkung, die vom konservativen Herausforderer, David Cameron, gegenwärtig in weiten Teilen programmatisch geteilt wird. Zudem adaptiert Cameron erfolgreich die Rhetorik von New Labour. Damit hat sich die Konservative Partei wieder stärker in die politische Mitte manövriert. Ob diese Anleihen an New Labour allerdings wahlentscheidend werden, wird abzuwarten sein.

## Niederlande – Partij van de Arbeid / PvdA

Die PvdA stand historisch betrachtet stets in enger Konkurrenz zur niederländischen Christdemokratie (CDA) und ihren Vorgängerparteien, wobei die Christdemokratie die niederländische Nachkriegsgeschichte eindeutig dominierte. Die Niederlande steht als ein Beispiel für eine politische Entwicklung, in welcher sich das Parteiensystem rapide ausdifferenziert und beide Volksparteien der Mitte mit elektoralen Verlusten kämpfen. Und der niederländische Wohlfahrtsstaat mit seiner christdemokratisch-zentristischen Geschichte steht zudem als ein Beispiel für einen Wohlfahrtsstaat mit großem Reformdruck.

In der Nachkriegszeit wechselten sich unterschiedliche Koalitionsmuster ab, letztlich bestimmten in den 1980er Jahren christdemokratisch-liberale Regierungen die niederlän-

dische Reformpolitik. Im Verlauf der 1980er Jahre spitzte sich der Parteienwettbewerb zwischen PvdA und den bürgerlichen Regierungsparteien zu. Die Sozialdemokratie kritisierte vehement die christdemokratische Konsolidierungspolitik, ohne allerdings an der Wahlurne für diese Politik zu punkten. Seit Mitte der 1980er Jahre strebte die PvdA in Richtung politischer Mitte; eine konsensuale Politik zwischen beiden Volksparteien der Mitte bahnte sich an: „(t)he elections in the spring of 1986 turned out to be the last round in the battle about socio-economic policy in the Netherlands“ (*Green-Pedersen* 2000, S. 137).

Diese programmatische Neuausrichtung ebnete den Weg zur Großen Koalition von 1989 bis 1994 unter Führung des Christdemokraten Ruud Lubbers. Die großkoalitionäre Reformpolitik erforderte von der PvdA programmatische Zugeständnisse. Die Absenkung der Lohnersatzleistungen in der niederländischen Erwerbsunfähigkeitsrente (WAO) zum Beispiel wurde innerhalb der PvdA von Protesten begleitet. Insgesamt führten die sozialpolitischen Reformen der Großen Koalition zu den umfangreichsten Protestkundgebungen in der bisherigen Nachkriegsgeschichte (vgl. *Hemerijck* 2003). Ferner ist die Reform des Sozialabgabensystems zu nennen, die für niedrige Einkommensschichten Freibeträge einführte (dieser Teil des Abgabensystems wurde quasi ins Steuersystem integriert) und somit zusätzliche Arbeitsanreize für dieses Arbeitsmarktsegment auslöste. Gleichzeitig unterminierte aber die Große Koalition – und insbesondere auch die PvdA – das korporatistische Verwaltungssystem des niederländischen Wohlfahrtsstaates; eine Politik, die von der PvdA auch nach dem Ende der Großen Koalition weiter verfolgt wurde (vgl. *Jochem* 2004).

Für diese Reformpolitik wurden beide Volksparteien 1994 drastisch an der Wahlurne bestraft. Die PvdA konnte sich durch geschicktes Taktieren liberale Koalitionspartner sichern (VVD, D66), musste allerdings dafür eine deutlich liberale Handschrift des Koalitionsvertrages in Kauf nehmen. Allerdings implizierte diese „violette Koalition“ die erste niederländische Regierung seit 1918 ohne Beteiligung einer christdemokratischen Partei. Damit begann der Niedergang der CDA (vgl. *van Kersbergen* 2008). Unter den „violetten“ Regierungskoalitionen wurden weitgehende Privatisierungen der sozialen Sicherungssysteme durchgesetzt, die Entkorporatisierung des niederländischen Wohlfahrtsstaates weiter forciert und die Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik intensiviert. Zentraler Reformanker war eine regelgebundene Haushaltspolitik, welche auf erste Vorgaben aus der Zeit der Großen Koalition zurückgriff. In der „violetten Regierungsphase“ beförderten erstmals diese strikten Haushaltsregeln spürbare Effekte. Die öffentlichen Haushalte wurden konsolidiert und gleichzeitig die unteren Einkommensschichten bei Steuern und Abgaben entlastet (*Petring* 2006b).

Insgesamt belastete diese Reformpolitik das Verhältnis der PvdA zu den niederländischen Gewerkschaften. Dennoch wurden weitere neue soziale Pakte verabschiedet (*Hemerijck* 2003, *Jochem* 2009), welche die Liberalisierungspolitik des niederländischen Sozialsystems und Arbeitsmarktes flankierten sowie moderate Lohnzuwächse garantierten. Die PvdA konnte trotz – oder aufgrund – dieser liberalen Reformpolitik bei den Wahlen 1998 ihren Stimmenanteil wieder leicht ausbauen (von 24 auf 29%), wohingegen die CDA mit 18,4% ihren historischen Tiefststand hinnehmen musste.

In der folgenden Legislaturperiode veränderten sich die Konstanten der niederländischen Politik von Grund auf. Obwohl die ökonomischen Rahmendaten durchweg positiv waren und die öffentlichen Haushalte unter der Regierungszeit von Wim Kok und seiner „violetten Koalition“ weitgehend konsolidiert wurden, mehrte sich Unmut in der Wahl-

bevölkerung. „After 2000, the purple government turned colourless“ (*Hemerijck* 2003, S. 265). Mit dem Jahr 2001 wird dann auch eine „Revolution“ der niederländischen Politik verbunden: der erstarkende Rechtspopulismus und die Gründung der Liste Pim Fortuyn (*Pennings/Keman* 2008, S. 173).

Mit der Wahl 2002 erfolgte ein Erdbeben im niederländischen Parteiensystem. Die PvdA büßte nahezu 50% ihres elektoralen Rückhalts ein und kam auf lediglich 15,1% der Stimmen. Die Christdemokratie konnte zwar prozentual zulegen. Bedeutsamer waren für die niederländische Politik jedoch die weitere Aufsplitterung des Parteiensystems und der immense Erfolg der rechtspopulistischen Liste Pim Fortuyn (LPF), die mit 17% der Stimmen die Machtrelationen im niederländischen Parlament schlagartig veränderte. Die programmatisch radikalisierte CDA nahm die Kritik der Rechtspopulisten am „violettten Durcheinander“ – so die Übersetzung einer Wahlplattform der Rechtspopulisten – auf und schloss als einzige Partei der Niederlande einen quasi „Nichtangriffspakt“ mit den Rechtspopulisten (*van Kersbergen* 2008, S. 271). Dies ebnete den Weg für eine zeitlich begrenzte Mitte-Rechts-Koalition aus CDA, LPF und VVD. Nach dem Zerfall der LPF und Neuwahlen im Jahr 2003 gelang es der CDA eine Koalition mit den liberalen Parteien (VVD, D66) zu schmieden und die PvdA von der Regierung auszuschließen (vgl. *van Kersbergen* 2008).

Bis 2007 dominierten diese Regierungsbündnisse die niederländische Politik. Insgesamt tendierte die CDA wieder stärker in eine konservative Normenwelt und forcierte die weitere Privatisierung des niederländischen Wohlfahrtsstaates. Da die PvdA ebenfalls Reformen propagierte, welche vor allem für das Rentensystem kräftige Kürzungen induziert hätten, verlor die PvdA 2006 erneut Stimmen (vor allem an die erstarkenden Linksozialisten) und erreichte ca. 21%. Trotzdem akzeptierte die PvdA ein Kooperationsangebot der CDA und bildete zusammen mit der wertkonservativen Christenunion eine quasi „Große Koalition“, welche allerdings am Streit über den Verbleib niederländischer Soldaten in Afghanistan im Februar 2010 erneut vorzeitig zerbrach. Die PvdA lehnte mit ihrem Vorsitzenden (und ehemaligem Finanzminister) Wouter Bos einen weiteren Verbleib der niederländischen Armee im Süden Afghanistans ab. Während Neuwahlen für den Sommer 2010 anvisiert werden, kann eine erneute rechtspopulistische Partei um Geert Wilders (Partei für die Freiheit, PVV) die Krise der Koalition nutzen. Aktuelle Meinungsumfragen<sup>17</sup> zeigen starke Zugewinne für die Rechtspopulisten, Verluste für die CDA sowie leichte Gewinne für die PvdA.<sup>18</sup>

Die PvdA ist seit den 1980er Jahren verstärkt in Richtung der liberalen Mitte geschwenkt. Wichtige Reformen der arbeitsmarktpolitischen Aktivierung und wohlfahrtsstaatlichen Entkorporatisierung wurden von ihr angestoßen oder mitgetragen – mit dem Effekt, dass die Wähler diese Reformen an der Wahlurne bestrafen. Die PvdA ist jedoch in einem ausdifferenzierten Parteiensystem auf Koalitionen verwiesen – und sie hat vor allem Koalitionen mit den liberalen Parteien und der CDA gesucht. Seit 2001 hält eine „politics of fear and populism“<sup>19</sup> Einzug in den niederländischen Parteienwettbewerb, was das Parteiensystem weiter ausdifferenziert und brisante Koalitionsoptionen eröffnet. Beide Volksparteien erodieren unter diesen Rahmenbedingungen. Die PvdA verliert Stimmen zu den Linksozialisten wie zu den liberalen Parteien. Die Wahl 2010 wird zeigen, wie die PvdA sich behaupten kann und welche Koalitionsstrategien die zukünftige Politik in den Niederlanden prägen werden.



## Europäische Sozialdemokratien jenseits „Dritter Wege“

Die „Dritten Wege“ sozialdemokratischer Parteien in Europa besitzen Gemeinsamkeiten und länderspezifische Unterschiede. *Erstens* implizieren unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Traditionen auch unterschiedliche Handlungsräume für die Sozialdemokraten. Die Balance zwischen Staat und Markt wurde unterschiedlich austariert, wenngleich über alle drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus ein Trend hin zu Privatisierung und Deregulierung erkennbar ist (vgl. Höpner et al. 2009). *Zweitens* gründen die „Dritten Wege“ auf einer Neufundierung der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik. Finanzielle Solidität steht an erster Stelle, wobei sich jedoch die Reformwege in der Umsetzung unterscheiden. Während die SAP in Schweden weiterhin eine durchgreifend hohe Besteuerung propagiert, sind in den anderen beiden Vergleichsländern eher sozialdemokratische Steuerreduktionen zu konstatieren – was den Sparimperativ im Wohlfahrtsbereich zusätzlich verschärft. *Drittens* zeigen die Beispiele auch, dass elektoraler Erfolg oder Misserfolg der Sozialdemokratie nur bedingt vom programmatischen Weg der Reformpolitik beeinflusst wird. Nicht nur das Wahlrecht, auch das Muster des länderspezifischen Parteienwettbewerbs beeinflusst den Wahlausgang.

Gewiss können diese drei Fallanalysen nicht die ganze Welt sozialdemokratischer Erfahrungen in den vergangenen Dekaden abdecken. Aber sie zeigen Gemeinsamkeiten und Differenzen sozialdemokratischer Politik in Europa auf. Ist die bundesdeutsche SPD vor dem Hintergrund dieser historischen Erfahrungen ein Sonderfall? Machten die SPD in Regierungsverantwortung strategische Fehler, mit fatalen Konsequenzen für die Partei? Und welche Optionen eröffnen sich aus dem Parteienwettbewerb für die SPD?

## 4. Herausforderungen und Potenziale der SPD in vergleichender Perspektive

Der ideelle, gesellschaftliche und ökonomisch-politische Wandel erodiert das sozialdemokratische Nachkriegsmodell Europas. Sozialdemokratische Parteien in Nord- und Kontinentaleuropa schrumpfen. Insofern ist die Malaise der SPD keine Ausnahme. Dennoch bleibt die Frage, wie das historische Tief der SPD vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen zu erklären ist. Hat die SPD ihre Programmatik auf dem liberalen Altar der Entstaatlichung geopfert? Die folgende Erörterung kann keine erschöpfende Ausarbeitung sozialdemokratischer Programmatik und Reformpolitik der vergangenen Dekade sein. Vielmehr sollen thesenartig zentrale Erklärungsansätze zur Diskussion gestellt werden.

Die Reformpolitik der SPD in der vergangenen Dekade, so kann als *erste These* formuliert werden, erfolgte unter widrigen institutionellen Vorzeichen. Der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat als Paradebeispiel des christdemokratisch-zentristischen Wohlfahrtsregimes steht unter einem besonders hohen Reformdruck: Hohe Sozialausgaben gehen einher mit hohen Lohnnebenkosten, die Beschäftigungsdynamik ist gebremst und deutsche Sozialpolitik fördert – anders als in Skandinavien – nicht von sich aus Beschäftigung. Zusätzlich besteht der „Preis der Einheit“ (Ritter 2006) für die bundesdeutsche Reformpolitik darin, dass die sozialpolitische und fiskalische Flankierung der deutschen Einheit die Sozialversicherungen fiskalisch weiter aushöhlte. In der Konsequenz ist die bundesdeutsche Politik gefangen in einem Austeritätsregime (Pierson 1998; Streeck/Mertens 2010).

Neben dem sperrigen Reformobjekt wohlfahrtsstaatlicher Politik beschränkt die spezifische Konstruktion der deutschen Verhandlungsdemokratie die Reformpolitik. Die föderale Verflechtung und andere Vetopunkte eröffnen institutionell abgesicherte Möglichkeiten, die Reformpolitik mit zu beeinflussen. Insofern erschwert die deutsche Demokratie eine klare Funktionszuweisung in Regierung oder Opposition; im Gegenteil war für die die meiste Zeit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung die formale Opposition funktionale Mitregentin. Gleichzeitig spitzt sich der Parteienwettbewerb zwischen den Volksparteien der Mitte zu. Der Schwenk hin zu medial inszenierten „office-seeking“ und „office-keeping“ Strategien bundesdeutscher Parteien unterminiert die institutionell angelegten Verhandlungsimperative. Eine solchermaßen „defekte Verhandlungsdemokratie“ (Siegel 2003) erschwert nicht nur problemlösende Reformpolitiken, sondern weitet zudem Grauzonen politischer Zurechenbarkeit aus.

Vor diesem Hintergrund kann als *zweite These* festgemacht werden, dass die SPD ab 2001 mit Nachdruck den bundesdeutschen Sozialstaat reformiert hat; jenseits normativer Bewertungen sind die wohlfahrtsstaatlichen Strukturveränderungen zahlreicher und weitreichender als in der langen Ära Kohl und Blüm.<sup>20</sup> Ist also die sozialdemokratische *Rentenpolitik* ein Verrat an alten Idealen? Die Abkehr vom Prinzip der Lebensstandardsicherung ist keine genuin sozialdemokratische Erfindung, sondern Idee der Union aus dem Jahre 1996. Der Unterschied zwischen dem christdemokratischen Abschied vom Prinzip der Lebensstandardsicherung und dem sozialdemokratischen besteht darin, dass die SPD versuchte, den Verlust an Transfereinkommen für die zukünftigen Rentner mit einer kapitalgedeckten Zusatzrente zu kompensieren. Eine obligatorische Zusatzrente für alle war programmatisch angestrebt und von rentenpolitischen Experten gut geheiß. Es war die Union (und die Bild-Zeitung) die diese „Zwangsrente“ diskreditierte. Das Ergebnis ist ein quersubventioniertes und bürokratisches System der so genannten Riester- (und Rürup-) Renten. Dass die zusätzliche Absicherung für einkommensschwache Erwerbspersonen immer stärker aufgetoppt wurde in Richtung Mittelschicht, auch dies war keine genuin sozialdemokratische Idee, sondern ergab sich aus den notwendigen Verhandlungen mit dem Bundesrat, also mit der Union.

Und ist die „Rente mit 67“ ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen? Die Anhebung des Renteneintrittsalters ist die effektivste Form, die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zu gewährleisten. Es ist problematisch, dass der damals zuständige sozialdemokratische Minister, Franz Müntefering, diese Reform im Alleingang „durchpeitschte“. Und es ist ein Defizit, dass diese Reform nahezu ausschließlich mit Finanzierungsüberlegungen legitimiert wurde. Die SPD hätte diese Reform auch zu einem Thema der Gerechtigkeit machen können.

Liegt die Misere der SPD im Bereich der *Arbeitsmarktpolitik* begründet? Die Hartz-Reformen waren schlecht vorbereitet, wenig in der Öffentlichkeit vermittelt und mit Begriffen besetzt („Ein-Euro-Job“ etc.), die kaum dazu beitragen, das Verständnis dieser Reformen in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Allerdings ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine Reform, die zwischen Union und SPD (und vielen Experten) schon seit den 1980er Jahren unstrittig war, sowie bürokratische und arbeitsmarktpolitische Vorteile besitzt. Es kam ferner zu einer Verstärkung der Arbeitsverpflichtung, ganz wie es das gelobte dänische Muster der „Flexicurity“ in Europa vor-macht. Allerdings versagte die SPD beim zweiten Teil der dänischen Flexicurity, dem systematischen Fördern der Arbeitslosen.

Die Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik ist ein genuin sozialdemokratisches Politikprofil. Allerdings ist diese Aktivierung kostspielig.<sup>21</sup> Die fehlende Aktivierung und das Abrutschen der deutschen Arbeitsmarktpolitik in ein eher liberales Arbeitsmarktregime (*Dingeldey* 2007) kann nur dann erklärt werden, wenn die institutionellen Rahmenbedingungen der deutschen Politik berücksichtigt werden. Die immensen finanziellen Mittel müssten durch Steuern aufgebracht werden. Eine Ausweitung des Steuerstaates ist in Deutschland jedoch politisch riskant. Hier scheiterte die SPD darin, einen grundlegenden Wechsel bei der Finanzierung des Sozialstaates nachhaltig in die Wege zu leiten. Im Gegenteil verfolgte die SPD eine Steuersenkungspolitik, unterstützte – auf Initiative der Union – die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung auf 2.8% und sprach sich für die Schuldenbremse aus. Insofern hat die SPD den ersten Schritt hin zu einer flexicurity gewagt, es fehlte ihr jedoch der Mut, die Aktivierung durch eine Ausweitung des Steuerstaates wie in Dänemark zu finanzieren.

Die *Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik* ist die Crux sozialdemokratischer Politik in Deutschland. Der deutsche Staat ist in der Austeritätsfalle gefangen, was sich durch die Folgen der globalen Finanzkrise aller Wahrscheinlichkeit nach noch verschärfen wird. Dass die SPD die Konstitutionalisierung des Austeritätsregimes in Form der Schuldenbremse mitgetragen und angetrieben hat, kann als schwerer Fehler der deutschen Sozialdemokratie interpretiert werden (*Streeck/Mertens* 2010). Unter diesen Voraussetzungen erodiert sozialdemokratische Reformpolitik die Handlungsfähigkeit des Staates.

Die *dritte These* lautet, dass die relative Schwächung der SPD durch den deutschen Parteienwettbewerb befördert wird. Die relative Schwäche der SPD ist auch ein Effekt der relativen Stärke der Union. Während in den meisten Ländern Europas die Christdemokraten in den vergangenen Dekaden schrumpften und mit Konkurrenzpartei von rechts zu kämpfen hatten, ist dies in Deutschland nicht der Fall. Die Union dominiert das bürgerliche Lager; das niederländische Beispiel zeigt, wie auch die Christdemokratie unter einer Diversifizierung des Parteiensystems leiden kann. Unter diesen Bedingungen stellt sich die strategische Frage von Koalitionsoptionen. Die SPD kann auf eine Sozialliberalisierung der FDP setzen oder eine Koalition der linken Parteien anvisieren. Aus Sicht der fiskalischen und wohlfahrtsstaatlichen Politik wären die programmatischen Überschneidungen im linken Lager groß (*Schäfer* 2007). Allerdings stößt eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf vielfältige historische, programmatische und persönliche Hindernisse; die Mehrheit der SPD Mitglieder lehnt eine solche Kooperation ab – und sie würde mit großer Sicherheit von den Parteien im rechten Lager diffamiert werden.

Die Koalitionsarithmetik stellt für die SPD das zentrale Dilemma dar. An sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens ließe sich studieren, wie solche Hindernisse und die „Fear of Commitment“ (*Allern/Aylott* 2009) durch langfristige aber zielgerichtete Vorbereitungen verringert werden könnten. Zur Lösung dieses strategischen Dilemmas bedarf es weniger einen „Bruch oder Neuanfang“ (*Walter* 2009b), sondern vielmehr programmatische und strategische Entscheidungen der SPD.

## Anmerkungen

1 In einer anderen Publikation sieht *Franz Walter* (etwas widersprüchlich) die entscheidende Zäsur für die SPD in der Weltwirtschaftskrise 1973 und der damit einhergehenden Auflösung staatlich-sozialdemokratischer Planungseuphorien (*Walter* 2009c).

- 2 Dieser Abschnitt profitiert von der zugespitzten Darstellung bei *Therborn* (2007).
- 3 Zu den „Dritten Wegen“ der Sozialdemokratie vgl. *Bonoli/Powell* (2002), *Clasen/Clegg* (2004), *Merkel* (2000) *Merkel* et al (2006, S. 375-389).
- 4 *Clasen* und *Clegg* reduzieren die „Dritten Wege“ der Sozialdemokratie auf zwei Faustregeln: „no rights without responsibilities“ sowie no authority without democracy“ (2004, S. 95).
- 5 Vgl. hierzu auch *Martin Höpner* (2009) sowie *Höpner/Schäfer* (2010).
- 6 Selbstverständlich erfolgte der große Mitgliederschwund der SPD erst in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts und vor allem nach der Formulierung der Agenda 2010. Im Sommer 2008 besaß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Union mehr Mitglieder als die SPD (Financial Times Deutschland vom 25.7.2008, [www.ftd.de](http://www.ftd.de), Zugriff am 9.10.2008).
- 7 Vgl. neben vielen anderen: *Kitschelt* 2004.
- 8 Die folgenden Interpretationen sehen vom historischen Wachstum der französischen Sozialisten ab, seit dem kurzfristigen Hoch der 1980er Jahre sinkt auch für die PS der elektorale Rückhalt.
- 9 Nimmt man für Deutschland allerdings den Wert für die 1970er Jahre, ihrem elektoralen Höchststand in der Nachkriegszeit, dann lässt sich auch für die SPD ein gravierender durchschnittlicher Verlust von ca. 28% errechnen. Diese Betrachtung ändert aber nichts an der länderspezifischen Beobachtung, dass mit dem Wahlergebnis von 2009 ein historischer Tiefstand für die SPD erreicht ist.
- 10 Als ein Beispiel sei auf die (erfolgreiche) Wahlkampfstrategie der PASOK in Griechenland im Jahr 2009 verwiesen. Die Partei warb mit dem Slogan, Griechenland zum „Dänemark des europäischen Südens“ reformieren zu wollen (*Moschonas* 2010).
- 11 Nach dem Zweiten Weltkrieg regierten in Schweden bürgerliche Parteien und Koalitionen von 1976 bis 1982, von 1991 bis 1994 sowie seit 2006 (*Jochem* 2010).
- 12 Vgl. die Meinungsumfrage von *Dagens Nyheter* und *Synovate* vom 25. Februar 2010 ([http://www.temo.se/upload/Synovate\\_25%20febr\\_2010.pdf](http://www.temo.se/upload/Synovate_25%20febr_2010.pdf), Zugriff am 3. März 2010). Die Machtfrage zwischen beiden politischen Lagern könnte jedoch noch durch den Einzug einer rechtspopulistischen Partei gestört werden. Die „Schwedendemokraten“ liegen dieser Umfrage zufolge bei 5,6%, also deutlich über der in Schweden wirksamen 4%-Hürde. Damit würde, ähnlich wie von 1991 bis 1994, die Blocklogik des schwedischen Parteienwettbewerbs durch eine rechtspopulistische Partei ausgehebelt.
- 13 „Overcoming the Fear of Commitment“ lautet der Titel des Aufsatzes von *Allern* und *Aylott* (2009) zu den sozialdemokratischen Sondierungsbemühungen zur Vorbereitung von Koalitionen in Norwegen und Schweden.
- 14 Vergleiche als Einstieg in und Überblick über die facettenreiche Landschaft der Meinungsumfragen in Großbritannien den UK Polling Report (<http://ukpollingreport.co.uk/blog/>).
- 15 Dass trotz dieser Maßnahmen die Armutsquote nicht deutlich reduziert werden konnte, liegt unter anderem im raschen Einkommenszuwachs der oberen Einkommensschichten begründet, was in der Folge den Schwellenwerten für die Berechnung relativer Armut ansteigen ließ.
- 16 Als Ironie des Schicksals ist die britische Situation insofern zu interpretieren, als es New Labour war, welches die Regulierung des Finanzsektors reformierte. Und New Labour scheint von den Rettungsmaßnahmen dieser – wie sich heute zeigt – lückenhaften Regulierung sogar zu profitieren (vgl. *Cronin* 2010).
- 17 Zu den Umfrageergebnissen vergleiche die Webseite: <http://www.politiekebarometer.nl/>.
- 18 Die PvdA konnte im Verlauf der globalen Finanzkrise mit ihrem resolut auftretenden Finanzminister Bos in den Umfragen deutlich zulegen. Diese vorübergehenden Gewinne schmolzen jedoch im Verlauf des Jahres 2009 wieder dahin.
- 19 Mit diesen Begriffen kennzeichnen *Browne/Halpin/Teixeira* (2009, S. 6) nicht nur die niederländische Situation, sondern ein Grundproblem der europäischen Sozialdemokratie, sich mit dem erstarkenden Rechtspopulismus auseinanderzusetzen.
- 20 Vergleiche die ausführliche Analyse bundesdeutscher Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat nach 1982 in *Jochem* (2009a).
- 21 Soll die bundesdeutsche Arbeitsmarktpolitik den Aktivierungsgrad von Dänemark (mit entsprechender Qualität) erreichen, dann müsste sie einen weiteren Mittelzufluss von ca. 18 Milliarden € jährlich erhalten. Zumindes wäre dann rein rechnerisch das Niveau der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik von ca. 1,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erreicht.

## Literatur

- Allern, Elin Haugsgjerd/Aylott, Nicholas*, 2009: Overcoming the Fear of Commitment: Pre-Electoral Coalitions in Norway and Sweden, in: *Acta Politica* 44, No. 3, S. 259-285.
- Borchert, Jens*, 1995: Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt/M. und New York: Campus.
- Bonoli, Giuliano/Powell, Martin*, 2002: Third Way in Europe?, in: *Social Policy & Society* 1, No. 1, S. 59-66.
- Brown, Matt/Halpin, John/Teixeira, Ruy*, 2009: The European Paradox, Center for American Progress ([www.americanprogress.org](http://www.americanprogress.org), Zugriff am 16. Januar 2010).
- Castles, Francis G.*, 1978: The Social Democratic Image of Society. A Study of the Achievements and Origins of Scandinavian Social Democracy in Comparative Perspective, Routledge & Kegan Paul: London.
- Christiansen, Flemming Juul/Damgaard, Erik*, 2008: Parliamentary Opposition under Minority Parliamentarism: Scandinavia, in: *Journal of Legislative Studies* 14, No. 1/2, S. 46-76.
- Clasen, Jochen/Clegg, Daniel*, 2004: Does the Third Way Work? The Left and Labour Market Policy Reform in Britain, France and Germany, in: *Lewis, Jane/Surender, Rebecca* (Hrsg.), *Welfare State Change: towards a Third Way?*, Oxford: Oxford University Press, S. 89-110.
- Cronin, James E.*, 2010: The Ironies of New Labour, in: *Cronin, James/Ross, George/Shoch, James* (Hrsg.), *Futures of the Left*, Durham: Duke UP (im Erscheinen).
- Dingeldey, Irene*, 2007: Between Workfare and Enablement – The Different Paths to Transformation of the Welfare State: A Comparative Analysis of Activating Labour Market Policies, in: *European Journal of Political Research* 46, S. 823-851.
- Esping-Andersen, Gösta*, 1985: *Politics against Markets: The Social Democratic Road to Power*, Princeton: Princeton University Press.
- Franzmann, Simon*, 2008: Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37, No.1, S. 79-98.
- Giddens, Anthony*, 1999: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony* (Hrsg.), 2001: *The Global Third Way Debate*, Cambridge: Polity Press.
- Green-Pedersen, Christoffer*, 2000: *How Politics Still Matters. Retrenchment of Old-Age Pensions, Unemployment Benefits, and Disability Pensions/Early Retirement Benefits in Denmark and the Netherlands form 1982 to 1998*, Ph.D.-Dissertation, Universität Aarhus.
- Habermas, Jürgen*, 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hanley, David*, 2003: Die Zukunft der europäischen Christdemokratie, in: *Minkenbergh, Michael/Willems, Ulrich* (Hrsg.), *Politik und Religion*, PVS Sonderheft 33, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 231-255.
- Hassel, Anke*, 2007: *Wage Setting, Social Pacts and the Euro. A New Role for the State*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Hemerijck, Anton*, 2003: A Paradoxical Miracle: The Politics of Coalition Government and Social Concertation in Dutch Welfare Reform, in: *Jochem, Sven/Siegel, Nico A.* (Hrsg.), *Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich*, Opladen: Leske+Budrich, S. 232-270.
- Höpner, Martin*, 2009: Integration durch Usurpation. Thesen zur Radikalisierung der Binnenmarktintegration, in: *WSI-Mitteilungen* 62, 8, S. 407-415.
- Höpner, Martin/Petring, Alexander/Seikel, Daniel/Werner, Benjamin*, 2009: Liberalisierungspolitik. Eine Bestandsaufnahme von zweieinhalb Dekaden marktschaffender Politik in entwickelten Industrieländern, MPIfG Discussion Paper 09/7.
- Höpner, Martin/Schäfer, Armin*, 2010: A New Phase of European Integration: Organized Capitalisms in Post-Ricardian Europe, in: *West European Politics* (im Erscheinen).
- Hopkin, Jonathan/van Wijnbergen, Christa*, 2009: Europeanization and Welfare State Change in the UK: Another Case of ‚Fog Over the Channel‘?, Paper for RECOWE Workshop, Sciences Pro, Paris,

- 26-28 November 2009 (<http://personal.lse.ac.uk/hopkin/Recwowe%20UK%20Paris%201109.pdf>, Zugriff am 12. Januar 2010).
- Immergut, Ellen M.*, 2002: The Swedish Constitution and Social Democratic Power: Measuring the Mechanical Effect of a Political Institution, in: *Scandinavian Political Studies* 25, No. 3, S. 231-257.
- Jochem, Sven*, 2006: Die Reichstagswahl 2006 als Zäsur der schwedischen Parteiengeschichte, in: *Nord-europaforum* 2/2006, S. 5-24.
- Jochem, Sven*, 2009a: Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Deutschland im internationalen Vergleich, Münster: Lit-Verlag.
- Jochem, Sven*, 2009b: Soziale Pakte in Europa, in: *Rehder, Britta/von Winter, Thomas/Willems, Ulrich* (Hrsg.), *Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 210-229.
- Jochem, Sven*, 2010: Wandel und Zukunftsaussichten des schwedisch-sozialdemokratischen Modells, in: *Leviathan* 38, No. 2 (im Erscheinen).
- Keman, Hans/Pennings, Paul*, 2006: Competition and Coalescence in European Party Systems: Social Democracy and Christian Democracy Moving into the 21st Century, in: *Swiss Political Science Review* 12, Heft 2, S. 95-126.
- Kersbergen, Kees van*, 1995: *Social Capitalism. A Study of Christian Democracy and the Welfare State*, London/New York: Routledge.
- Kersbergen, Kees van*, 2008: The Christian Democratic Phoenix and Modern Unsecular Politics, in: *Party Politics* 14, No. 3, S. 259-279.
- Kitschelt, Herbert*, 2001: Partisan Competition and Welfare State Retrenchment: When Do Politicians Choose Unpopular Policies?, in: *Pierson, Paul* (Hg.): *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, S. 265-302.
- Kitschelt, Herbert*, 2004: Diversification and Reconfiguration of Party Systems in Postindustrial Democracies, in: *FES Europäische Politik* 03/2004 (<http://library.fes.de/pdf-files/id/02608.pdf>, Zugriff am 12. Januar 2010).
- Klitgaard, Michael Baggesen*, 2007: Why are they doing it? Social Democracy and Market-Oriented Welfare State Reforms, in: *West European Politics* 30, No. 1, S. 172-194.
- Larsen, Christian Albrekt/Andersen, Jørgen Goul*, 2009: How New Economic Ideas Changed the Danish Welfare State: The Case of Neoliberal Ideas and Highly Organized Social Democratic Interests, in: *Governance* 22, No. 2, S. 239-261.
- Lundberg, Urban*, 2003: *Juvelen I Kronan. Socialdemokraterna och den allmänna pension*, Stockholm: Hjalmarson & Högberg.
- Mair, Peter*, 2008: Electoral Volatility and the Dutch Party System: A Comparative Perspective, in: *Acta Politica* 43, S. 235-253.
- Mair, Peter/Biezen, Ingrid van*, 2001: Party Membership in Twenty European Democracies, in: *Party Politics* 7, No. 1, S. 5-21.
- Merkel, Wolfgang*, 2000: Die Dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert, in: *Berliner Journal für Soziologie* 10, No. 1, S. 99-124.
- Merkel, Wolfgang*, 2009a: Rote in der Krise, in: *NZZ* vom 14. Juni 2009, S. 21.
- Merkel, Wolfgang*, 2009b: Nicht auf das Mitte-Spektrum einengen lassen, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* Heft 11/2009 ([www.frankfurter-hefte.de](http://www.frankfurter-hefte.de), Zugriff am 17.12.2009).
- Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian/Ostheim, Tobias/Petring, Alexander*, 2006: *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Moschonas, Gerassimos*, 2010: Historical Decline or Change of Scale? The Electoral Dynamics of European Social-Democratic parties (1950-2009), in: *Cronin, James/Ross, George/Shoch, James* (Hrsg.): *Futures of the Left*, Durham: Duke UP (im Erscheinen).
- OECD*, 2008: *Economic Survey: Sweden*, Paris.
- Pierson, Paul*, 1998: Irresistible Forces, Immovable Objects: Post-Industrial Welfare States Confront Permanent Austerity, in: *Journal of European Public Policy* 5, No. 4, S. 539-560.
- Pennings, Paul/Keman, Hans*, 2008: The Changing Landscape of Dutch Politics Since the 1970s: A Comparative Exploration, in: *Acta Politica* 43, S. 154-179.

- Petring, Alexander*, 2006a: Großbritannien, in: *Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian/Ostheim, Tobias/Petring, Alexander*, 2006: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden: VS Verlag, S. 119-153.
- Petring, Alexander*, 2006b: Niederlande, in: *Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian/Ostheim, Tobias/Petring, Alexander*, 2006: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden: VS Verlag, S. 238-271.
- Pontusson, Jonas*, 1992b: At the End of the Third Road: Swedish Social Democracy in Crisis, in: *Politics & Society* 20, S. 305-332.
- Ritter, Gerhard A.*, 2006: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München: Beck.
- Rothstein, Bo*, 2006: Valet en triumf för socialdemokraterna, in: *Dagens Nyheter* vom 20. September 2006 ([www.dn.se](http://www.dn.se)).
- Schäfer, Armin*, 2007: Die Reform des Sozialstaats und das deutsche Parteiensystem: Abschied von den Volksparteien?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3/2007, S. 648-666.
- Scharpf, Fritz W.*, 2009: The Double Asymmetry of European Integration. Or: Why the EU Cannot Be a Social Market Economy, MPIfG Working Paper 09/12.
- Schimank, Uwe*, 2009: „Vater Staat“: ein vorhersehbares Comeback. Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne, in: *der moderne staat* 2, Heft 2, S. 249-270.
- Seeleib-Kaiser, Martin*, 2002: Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihrer Auswirkung auf die Parteidifferenzthese, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43, No. 3, S. 478-496.
- Siegel, Nico A.*, 2003: Die politische Ökonomie der Konzertierung in Deutschland: Das Beispiel Bündnis für Arbeit, in: *Jochem, Sven/Siegel, Nico A.* (Hrsg.), *Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich, S. 148-193.
- Siegel, Nico A.*, 2005: Social Pacts Revisited: »Competitive Concertation« and Complex Causality in Negotiated Welfare State Reforms, in: *European Journal of Industrial Relations*, Vol. 11, S. 107-126.
- Siegel, Nico A./Jochem, Sven*, 2004: Staat und Markt im internationalen Vergleich, in: *Zintl, Reinhard/Czada, Roland* (Hrsg.): *Politik und Markt*, PVS Sonderheft 2003, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 351-388.
- Streeck, Wolfgang*, 2009: Eine Last für Generationen, in: *Handelsblatt* vom 10. März 2009 ([www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com), Zugriff am 19. März 2009).
- Streeck, Wolfgang/Mertens, Daniel*, 2010: Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime, in: *der moderne staat* 1/2010 (im Erscheinen).
- Swedish Fiscal Policy Council*, 2009: *Swedish Fiscal Policy*, Stockholm: Finanspolitiska rådet.
- Therborn, Göran*, 2007: After Dialectics. Radical Social Theory in a Post-Communist World, in: *New Left Review* 43, January-February, S. 63-114.
- Walter, Franz*, 2009a: Rosa lackierter Kapitalismus, Interview in *taz* vom 8. Juni 2009 (online [www.taz.de](http://www.taz.de), Zugriff am 17.12.2009).
- Walter, Franz*, 2009b: Sozialdemokratische Einheitspartei, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. November 2009, S. 2.
- Walter, Franz*, 2009c: Die Not der SPD begann viel früher, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Dezember 2009, S. 9.
- Zohlnhöfer, Reimut*, 1998: Die Transformation des italienischen Parteiensystems in den 90er Jahren, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 8, S. 1371-1396.

*Anschrift des Autors:* PD Dr. Sven Jochem  
 Universität Bamberg, Feldkirchenstr. 21, 96045 Bamberg.  
 E-Mail: [sven.jochem@uni-bamberg.de](mailto:sven.jochem@uni-bamberg.de)